

**Wortprotokoll 2. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2023/2027
22. Legislaturperiode****Donnerstag, 6. Juli 2023, 19.00 Uhr
im Rathaussaal**

Anwesend	33 Mitglieder des Gemeinderats / 34 Mitglieder des Gemeinderats (ab Traktandum 5) 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt	GR Susanne Raschle, GR Huber, GR Knöpfli, GR Anna Brändli, GR Merk, GR Ribezzi
Absolutes Mehr	17, 18 (ab Traktandum 5)
Später eingetroffen	GR Müller (19.20 Uhr)
Vorzeitig weggegangen	–
Vorsitz	GR Fabian Neuweiler
Protokoll	Stadtschreiber Michael Stahl, Lisa Diethelm

Traktanden**Protokollgenehmigung**

1. Protokoll der Sitzung vom 11. Mai 2023
2. Protokoll der Sitzung vom 1. Juni 2023

Einbürgerungen gemäss Beilage

3. Ditaranto, Maurizio
4. Dvorska, Nina / Geiger, Damian

Botschaften

5. Kreditbegehren für eine weitere Subvention der Fahrkartenpreise zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (Zone 256) für die nächsten drei Jahre (2024 bis 2026) mit einer zusätzlichen jährlichen Kostenfolge von voraussichtlich CHF 388'000
6. Kreditbegehren von CHF 500'000 für das Anbringen eines Suizidschutzes an den Viadukten Jakobshöhe und Sauloch

7. Kreditbegehren von insgesamt CHF 450'000 (jährlich CHF 150'000 von 2023 bis 2025) für die Pilotphase der Gleichbehandlung aller Kitas sowie Abschreibung der Motion zum Thema Kindertagesstätten

Postulate

8. Postulat transparente Buchhaltung der Energie Kreuzlingen / Stellungnahme

Interpellationen

9. Interpellation Erhalt öffentlicher Parkplätze / Begründung
10. Interpellation Fussballtribüne / Begründung

Verschiedenes

11. Schriftliche Anfrage Leistung von Solaranlage Energie Kreuzlingen über ein Jahr / Beantwortung
12. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Geschätzte Damen und Herren, liebe Anwesende, ich begrüsse euch ganz herzlich zur letzten Sitzung vor der langen Sommerpause. Ganz herzlich begrüssen möchte ich heute Gemeinderätin Silvia Cornel, die heute zum ersten Mal hier ist – und hier vorne unserer neuen Weibelin Lisa Diethelm ein herzliches Willkommen.

Traktandenliste

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.
Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 11. Mai 2023

Abstimmung

Das Protokoll wird genehmigt.

2. Protokoll der Sitzung vom 1. Juni 2023

Abstimmung

Das Protokoll wird genehmigt.

Einbürgerungen gemäss Beilage

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

3. Ditaranto, Maurizio

Entscheid

Ditaranto, Maurizio wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Dvorska, Nina / Geiger, Damian

Entscheid

Dvorska, Nina / Geiger, Damian wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Der Ratspräsident: Somit wird Ihnen das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Botschaften

5. Kreditbegehren für eine weitere Subvention der Fahrkartenpreise zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (Zone 256) für die nächsten drei Jahre (2024 bis 2026) mit einer zusätzlichen jährlichen Kostenfolge von voraussichtlich CHF 388'000

Eintreten ist unbestritten.

GR Leutenegger, Präsident BU: Die Botschaft geht zurück auf ein Postulat von GR Dufner. Und ich muss sagen, GR Dufner hat das nicht gut gemacht, er hat das genial gemacht. Ich habe in meiner politischen Karriere als Kantonsrat, als Stadtrat und jetzt zum zweiten Mal als Gemeinderat noch nie ein so flamendes Plädoyer zur Förderung des öffentlichen Verkehrs gehört, zusätzlich gespickt mit analytischen Details, was ihren Niederschlag in der Botschaft gefunden hat. Die Schwächen des Postulats, dass es nicht gesetzeskonform sein soll, dass bei einer freien Fahrt vor allem die Abonnenten benachteiligt würden, wurden ausgemerzt, und es wurde jetzt eine ausgewogene Botschaft vorgelegt, die in der Kommission viel Zustimmung gefunden hat. Wie attraktiv der Bus ist, hängt natürlich nicht nur von den Fahrkartenpreisen ab, sondern auch von der Infrastruktur, von den Bushäuschen, die dort, wo sie noch fehlen, noch kommen werden, damit es einen Witterungsschutz gibt. Das Beste an diesem Witterungsschutz finde ich, dass zwei Kreuzlinger Gewerbebetriebe mit der Produktion der Bushäuschen betraut werden. In diesem Sinn haben wir in der Kommission die Auswirkungen kritisch hinterfragt und sind der Meinung, es ist ein Versuch in die richtige Richtung, den man in drei Jahren wieder korrigieren kann, falls die erhofften Resultate nicht eintreffen werden. Es ist vor allem die Idee, die Zahl der Abonnenten zu erhöhen. Die Kommission hat der Vorlage mit 7 Ja, 0 Nein bei 1 Enthaltung zugestimmt. Ich möchte gleich auch die Meinung der Fraktion FL/GLP wiedergeben. Wir sind noch deutlicher, nämlich einstimmig für die Annahme dieser Botschaft. Wir hätten uns ein bisschen mehr Marketing, ein bisschen mehr Lust und ein bisschen mehr Freude gewünscht – der "Stützlibus" geistert noch ein bisschen in unseren Köpfen herum. Auch bei uns hat die Ansicht überwogen, dass es eine Botschaft in die richtige Richtung ist und dass man in drei Jahren, wenn die Resultate vorliegen, Retuschen anbringen kann.

GR Cornel: Ich darf gleich in meiner ersten Sitzung für die Fraktion FDP das Wort ergreifen. Unsere Fraktion war geteilter Meinung, wir hatten auch eine rege Diskussion. Die Befürworter sehen die Chance, durch reduzierte Fahrkartenpreise Anreize zu schaffen, dass für kurze Strecken vermehrt der Bus genutzt wird: immer mit dem Ziel, mit dem öffentlichen Verkehr die Strassen zu entlasten. Man solle nicht nach dem Giesskannenprinzip Steuergelder ausgeben, war die gegenteilige Meinung. CHF 1 Million über die nächsten drei Jahre verpufft ohne transparentes Ziel, bzw. in der Botschaft sind keine Ziele definiert. Grundsätzlich ist sich die Fraktion einig, dass bei einer Annahme der Botschaft die Emissionsreduktion über die nächsten drei Jahre messbar gemacht werden müssen.

GR Wittgen: Der Stadtrat hat in seinen Legislaturzielen die Förderung des öffentlichen Verkehrs festgeschrieben, und auch den meisten anwesenden Parteien ist dieses Thema ein grosses Anliegen. Mit dieser Botschaft liegt eine durchdachte Möglichkeit vor, dieses Ziel zu verfolgen. Wir von der Fraktion SP/GEW/JUSO begrüßen, dass der Stadtrat sich bei diesen drei vorgestellten Varianten für die mutigste entschieden hat. In unseren Augen sind die vorgesehenen Preisreduktionen sinnvoll abgestimmt und eine deutliche Einladung an die Bevölkerung, den Stadtbus für Fahrten in der Zone 256 zu benützen. Auch dass die Änderung des Nutzungsverhaltens in dieser Zeitspanne analysiert werden soll, begrüßen

wir und hoffen natürlich, dass nach diesen drei Jahren ein bedeutsamer Anstieg von Busfahrten verzeichnet werden kann. Dass attraktive Fahrpreise nicht der einzige Hebel sind, um den öffentlichen Verkehr zu fördern, sehen wir gleich wie der Stadtrat und andere Anwesende. Aber wenn der Fahrplan eine alltagstaugliche Nutzung und gute Umsteigemöglichkeiten bietet, die Haltestellen an sinnvollen Standorten vorhanden sind und auch bei schlechtem Wetter zum Warten einladen, sind die Voraussetzungen geschaffen, dass mehr Menschen vom Auto auf den Bus umsteigen. In diesen Bereichen sehen wir teilweise erfreuliche Bemühungen. Weitere Verbesserungen im Bereich der Verbindungen und im Fahrplan würden diese Zielsetzung sicher noch vorantreiben. Weil die Förderung des ÖV ein wichtiges Ziel ist, um den Verkehr in der Stadt zu entlasten und die Umweltbelastung durch verkehrsbedingte Emissionen zu verringern und Kreuzlingen attraktiver für seine Bewohner und Bewohnerinnen zu gestalten, werden wir dieser Botschaft einstimmig zustimmen.

GR Schindler: Im Namen der Fraktion SVP möchte ich unsere Zustimmung zur vorgeschlagenen Lösung zum Ausdruck bringen. Wir stimmen der Entscheidung zu, statt eines kostenlosen Busses eine vergünstigte Fahrkarte einzuführen und die erforderlichen finanziellen Mittel für diese zusätzlichen Subventionen von der Spezialfinanzierung Parkplatzbewirtschaftung zu verwenden. Allerdings bedauern wir, dass die Auswirkungen der Spezialfinanzierung nicht in der Botschaft aufgeführt wurden. Wir sind der Meinung, dass die Einführung von vergünstigten Fahrkarten eine gute Alternative zum kostenlosen Bus darstellt. Das ermöglicht den Fahrgästen, von einer subventionierten Beförderung zu profitieren, während gleichzeitig die finanziellen Ressourcen der Stadt angemessen eingesetzt werden. Wir befürworten, dass die zusätzlichen Mittel aus dem Saldo der Spezialfinanzierung Parkplatzbewirtschaftung entnommen werden und sehen dies als vernünftige Finanzierungsquelle für diese Massnahme an. Um die Effektivität dieser Lösung zu beurteilen, um mögliche Auswirkungen auf das Kundenverhalten zu analysieren, schlagen wir dem Stadtrat vor, dass während der dreijährigen Versuchsphase eine umfassende Evaluierung durchgeführt wird. Es ist wichtig, dass der Gemeinderat und die entsprechenden Kommissionen regelmässig über den Fortschritt und die Ergebnisse dieser Evaluierung informiert werden. Dadurch gewährleisten wir eine transparente und kontinuierliche Überwachung dieses Projekts und können schneller reagieren, wenn Anpassungen notwendig sind. Die -Fraktion SVP stimmt der Botschaft einstimmig zu.

GR Dufner: Für die Fraktionsgemeinschaft MITTE/EVP darf ich aus unserer Fraktionssitzung berichten. Wir waren erfreut über diese Botschaft, die der Stadtrat uns vorlegt, haben auf der anderen Seite immer noch ein bisschen dem Postulats-Ziel eines Gratisbusses nachgetrauert. Wir sind auch nicht gleicher Meinung wie die vorberatende Kommission, und zwar das sonnenklar ist, dass dies nicht gesetzeskonform sei, weil es hier ja nicht um Steuergelder, sondern um Beiträge aus der Spezialfinanzierung geht. Die Frage, ob dies nicht eine andere Beurteilung und Behandlung zulässt, wurde in den Postulats-Antworten und den Rückmeldungen des Stadtrats nicht abgehandelt, nicht untersucht und nicht geklärt. Das steht noch aus. Ich darf in Erinnerung rufen, dass es darum ging, ein Anreizsystem zu schaffen. Das ist unserer Fraktion sehr wichtig, dass man nicht mit Verboten, sondern mit Anreizen arbeitet und dass wir mit Anreizsystemen versuchen wollen, dem Verkehrschaos, das wir in Kreuzlingen teilweise haben, zu begegnen und Leute zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr zu gewinnen und sie dazu zu bringen, den Stadtbus zu benutzen. Die Richtung der Botschaft stimmt also. Wichtig ist aber, und das konnten wir der Botschaft entnehmen, es ist eine dreijährige Versuchsphase. In diesen drei Jahren muss sich zeigen, ob uns das gelingt. Wir müssen die Einwohnerinnen und Einwohner von Kreuzlingen abholen, damit sie diese Versuchsphase nutzen und von diesem Angebot profitieren. Diesbezüglich findet unsere Fraktion es schade, dass man dem Aspekt "Marketing" ein bisschen zu wenig Berücksichtigung zuteilwerden lässt. Man konnte es im Protokoll der vorberatenden Kommission lesen, der Präsident hat den "Stützlibus" erwähnt. Wenn das auf dem Bus entsprechend angeschrieben ist, hat dies eine ganz andere Wirkung, als wenn ich CHF1.50 statt CHF1 bezahlen muss. Wir hätten uns sehr erhofft, dass man für alle diesen Franken nimmt und nicht diese Unterscheidung macht. Da muss ich auch der Sprecherin der Fraktion FDP widersprechen: Das sind nicht Steuergelder, es ist steuerneutral. Es sind Parkplatzbeiträge und Bussen der Autofahrer aus der Spezialfinanzierung, die hier eingesetzt werden. Deshalb werde ich mir erlauben, zum gegebenen Zeitpunkt einen Änderungsantrag einzubringen, damit wird dem Marketing noch den nötigen Wert zumessen und das Projekt so auf den Weg bringen.

Unsere Fraktion hat der Botschaft bereits in der Fassung des Stadtrats selbstverständlich einstimmig zugestimmt und dem Änderungsantrag einstimmig mit Sternchen Plus.

GR Schulthess: Wie ich das Postulat Dufner verstanden habe, stand im Zentrum die Signalwirkung, dass der Bus kostenlos wird. Es ist sehr schade, dass es jetzt einfach höher subventioniert wird. Eine Subvention ist per se etwas Schädliches. Ich trage diesen Hut typischerweise nicht, aber hier haben wir ja die gute Situation, dass es nicht von Steuergeldern subventioniert wird. Die Idee war, dass wir wie an vielen Orten auf der Welt, beispielsweise in Budapest als Rentner über 50, den ÖV kostenlos nutzen kann. Das Problem mit dem Verbund gibt es dort offensichtlich auch nicht. Man kann also kostenlos bis zur rumänischen Grenze fahren. Der Stadtrat führt in seiner Botschaft an, es gebe ein Problem mit dem Verbund Ostwind. Der Auftrag des Stadtrats war eigentlich, das Problem zu lösen und einen Vorschlag zu bringen. Unter Umständen muss man denen halt noch einmal Geld geben. Am Schluss sind wir mit den Subventionen des Stadtbusses so hoch, dass wir den wirklich kostenlos machen können. Da dies nicht der Fall ist, empfehle ich, diese Botschaft abzulehnen.

GR Salzman: Was könnte man mit CHF 1 Million in dieser Stadt machen? Man könnte fast zwei Stadtfeste durchführen, wenn man das Geld ausgeben will. Oder wenn wir es den Bürger zurückgeben wollen, könnte man zwei Jahre lang den Steuersatz um einen Punkt senken, um dem Bürger mehr Freiheit zu geben. Mir ist klar, es ist kein Steuergeld, es sind Gebührengelder, aber wirtschaftlich kommt es aufs Gleiche heraus. Dabei mache ich dem Stadtrat keinen Vorwurf. Der Stadtrat hat nach bestem Wissen und Gewissen einen politischen Vorstoss in eine Botschaft umgesetzt, allerdings einen teuren Vorstoss mit mehr als CHF 1 Million, ohne dass dem Bürger bessere Leistungen geboten werden, sondern lediglich ein günstigerer Preis eines spezifischen Guts für jedermann – also Sozialpolitik mit der Giesskanne. Am 3. Mai 2018 hat der Gemeinderat die Reduktion der Busfahrpreise zurückgewiesen, und der Stadtrat kam im Dezember 2018 erneut in den Gemeinderat mit einer Fahrpreisreduktion von CHF105'000 pro Jahr. Genau jener Gemeinderat, der kurz vor den letzten Gemeinderatswahlen den Gratisbusvorstoss lanciert hat, deren Auswirkungen wir hier heute diskutieren dürfen, beantragte damals erfolgreich, den Betrag auf CHF65'000 zu senken. So ändern sich die Zeiten. Schon damals bezweckte die Mehrheit des Gemeinderats, dass die Leute vom Individualverkehr auf den Kollektivverkehr wechseln sollen – wir haben es heute auch wieder mehrfach gehört. Und was waren die Auswirkungen dieser CHF65'000 von damals? Fahrgastzahlen 2018: 1.1 Millionen, Fahrgastzahlen 2022: 1.1 Millionen – also gar kein Effekt, und das noch bei einer steigenden Bevölkerungszahl. Nun liegt uns eine Botschaft vor mit dem 5.5-fachen der damaligen Summe. Aus einem Effekt von null soll es also einen Effekt von 5.5 Mal 0 geben. Interessant. Albert Einstein definiert den Wahnsinn, wenn man immer wieder das Gleiche tut und andere Ergebnisse erwartet. Ich spreche nicht von Wahnsinn, sondern von Ideologie. Es darf nicht sein, was nicht sein darf. Mehr als CHF 1 Million auszugeben ohne nennenswerten Effekt, ohne Ausbau des Service public, mit der Giesskanne für jedermann. So etwas ist meines Erachtens mit einer häuslicher Nutzung öffentlicher Gelder unvereinbar. Eine weitere Erhöhung der Staatsquote, die immer mehr steigt und die Freiheit des Bürgers immer mehr einengt. Daher bitte ich euch höflich und bescheiden, diese Botschaft abzulehnen.

Der Ratspräsident: Inzwischen ist GR Müller eingetroffen.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten.

Seite 3 – Tarife

GR Dufner: Was wir mit dieser Botschaft erreichen wollen, ist der Umsteigeeffekt. Wir möchten das Fahrgastverhalten verändern, damit mehr Leute den Bus benützen. Es soll eine dreijährige Versuchsphase sein. Und wie ich es bereits beim Votum für die Fraktionsmeinung gesagt habe, Marketing ist hier das A und O, damit uns das gelingt. Damit wir eben nicht, wie GR Salzman gerade gesagt hat, am Schluss keine Veränderungen in den Fahrgastzahlen haben, sondern dass wir mehr Fahrgäste haben, müssen wir im Marketing wirklich etwas machen. Es reicht nicht, einfach nur die Preise zu senken, sondern man muss von Seiten des Stadtrats in diesem Zusammenhang auch Massnahmen ergreifen. Hier meinen wir, dass der "Stützlibus" zur Realität werden und dieser umgesetzt werden soll. Wenn es darum geht, einen Umsteigeeffekt zu erreichen, müssen wir die Einzelbillettfahrer abholen. Bei denen

müssen wir den Kennenlernerfolg schaffen. Jene beispielsweise, die ein Halbtax haben, sind ohnehin schon ÖV-affin, diese müssen wir nicht überzeugen. Aber die anderen, die sonst mit dem Auto fahren. Und wie kann ich die am besten abholen? Indem ich denen sage, du musst nur einen Franken bezahlen, dann kannst du fahren. Dann probiert er es und wenn er es ein oder zwei Mal probiert hat, kommt er vielleicht auf den Geschmack und wird das in Zukunft vermehrt machen und später ein Abo oder zumindest eine Mehrfahrtenkarte oder eine Multitageskarte kaufen. Die Halbtaxfahrer sind eh schon ÖV-sensitiv, die fahren ja auch sehr günstig mit den Preisen, die vorgeschlagen sind. Bei den Mehrfahrtenkarten und den Abos erhalten sie auch keine Vergünstigungen und bezahlen gleich viel wie die anderen. Vergünstigungen haben sie nur bei den Multitageskarten; beim Monatsabo und dem Jahresabo bezahlen sie genau gleich viel. Das spielt vor dem Hintergrund, dass es jetzt ja erheblich günstiger wird, keine Rolle, wenn man die Halbtaxinhaber nicht noch zusätzlich begünstigt. Ich habe das durchgerechnet. Wenn wir die gleichen Preise nehmen, wie wir sie beim Halbtax haben und die Erwachsenen CHF 1 für ein Ticket, CHF 2 für die Tageskarte, CHF 5 für die Mehrfahrtenkarte und CHF 10 für Multitageskarten bezahlen, haben wir Mehrkosten von CHF 33'000 pro Jahr, das sind für die dreijährige Versuchsphase CHF 100'000. Es ist wie gesagt steuerneutral, es ist Geld aus der Spezialfinanzierung. Wenn man diese Geschichte wirklich ernst meint, dass wir das umsetzen und etwas tun wollen, damit diese Leute wirklich umsteigen, dann bin ich der Meinung, müssen wir unter dem Aspekt Marketing etwas machen und sagen, das ist uns diese CHF33'000 mehr wert. Deshalb stelle ich den Antrag, der dann zu berücksichtigen ist, wenn wir so weit sind, dass wir statt CHF 355'000 CHF 388'000 für den Bus sprechen, womit wir den "Stützlibus" machen können, womit wir etwas fürs Marketing machen können, womit wir auch dafür schauen können, dass es in diesen drei Jahren tatsächlich ein Erfolg wird. Damit, dass man einfach die Tarife senkt, damit es günstiger wird, bin ich nach wie vor nicht einverstanden. Ich möchte etwas erreichen, ich möchte, dass wir bei den Autofahrern einen entsprechenden Umsteigeeffekt haben, damit wir mit diesem Anreizsystem unsere Verkehrssituation in Kreuzlingen verbessern können und dass wir mehr Leute im positiven Sinn dafür gewinnen können, den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Wenn aber nach drei Jahren herauskommt, dass wir CHF355'000 oder CHF385'000 investieren, und es fahren nur genau gleich viele Leute wie jetzt, dann bin ich gescheitert. Dann muss man es neu anschauen und sich überlegen, ob man es weiterführen will oder ob man die Preise wieder erhöht, weil es nichts bringt. Diese Diskussion muss man dann offen führen – mit offenem Visier, wie ich jeweils sage.

Der Ratspräsident: GR Dufner, vielleicht sind die einen oder anderen mit diesen Preisen ein bisschen überrollt worden. Kannst du bitte noch einmal langsam erklären, welche Preise du wie angepasst haben möchtest?

GR Dufner: Auf Seite 3 der Botschaft befindet sich die vom Stadtrat empfohlene Variante. Einzelbillette CHF 1, Tageskarte CHF 2, Mehrfahrtenkarte CHF 5, Multitageskarte CHF 10. Diese 4 Positionen hätte ich auch gern bei den ersten 4 Positionen bei den Erwachsenen statt jetzt Einzelbillette CHF 1.50, Tageskarte CHF 3, Mehrfahrtenkarte CHF 7.50 oder Multitageskarte CHF 15. Die Preise für die Abonnemente sollen nicht verändert werden. Wir stimmen nicht über die Tarife ab, das ist ein Teil der Botschaft. Mein Abänderungsantrag ist, dass wir beim Antrag statt CHF 355'000 CHF 388'000 pro Jahr sprechen.

SR Zülle: Ich habe aus der Fraktion erfahren, dass dieser Antrag kommen wird. Die Tarifhoheit liegt bei Ostwind, die müssen die Tarife bewilligen. Wir haben uns bei Ostwind erkundigt, wie es aussieht, wenn wir das Halbtax nicht berücksichtigen und für drei Jahre als Versuch alle Preise billiger machen. Die Antwort war zähneknirschend ja, wir können das machen. Es ist also nicht verboten, wenn wir es machen, wir müssen einfach mehr bezahlen. Sie denken einfach, dass der Kunde, der ein Halbtax kauft, damit ein bisschen benachteiligt ist, wenn alle gleich viel bezahlen. Es widerspricht ein bisschen dem Ziel, dass der Halbtaxabonnent, der mehr ÖV fährt und jedes Jahr Geld ausgibt für günstigere Preise, hier nicht berücksichtigt wird. Ostwind stört das, das haben sie uns offen gesagt, aber sie werden sich nicht dagegenstellen. Somit wird sich auch der Stadtrat nicht gegen diesen Antrag stellen. Die Zahlen beruhen ohnehin auf Schätzungen, wir wissen nicht, wie das Verhalten ist. Am Anfang wurde gesagt, wir müssen genau Bericht erstatten über die Auswirkungen. Das wird jetzt schon gemacht. Jeder, der in den Bus einsteigt und jede, die wieder aussteigt, wird registriert, nicht mit Namen, aber als Person. Wir müssen mit Ostwind die Billette abrechnen, da besteht eine ganz klare Statistik über das Verhalten.

Wenn das Verhalten einmal ein bisschen schlechter war, GR Salzmänn, hat das mit Corona zu tun. Diese Jahre musst du vielleicht ausblenden, wenn du vergleiche machst. Selbstverständlich wird das registriert und wir werden Bericht erstatten, wenn wir nach drei Jahren schauen, wie wir mit diesen Billettpreisen weiterfahren.

GR Salzmänn: Man kann Corona für alles die Schuld geben oder je nach dem auch dem Lockdown. Ich habe die Zahlen von 2018 genommen, da war Corona noch nicht hier, dann habe ich die Zahlen von 2022 genommen. Ich habe bewusst genau die Jahre dazwischen weggelassen, genau damit dieser Vorwurf nicht kommt.

GR Hummel: Ich freue mich grundsätzlich, denn zu dieser Spezialfinanzierung habe ich höchstens CHF 200 beigetragen. Endlich bin ich einmal bei denen, die etwas erhalten und nicht bezahlen müssen. Ich bin zwar Besitzerin eines Halbtaxabos, kann aber gut damit leben, wenn auch die Nichtbesitzer eines Halbtaxabos in denselben Genuss kommen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Der Antrag von GR Dufner wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Abstimmung

Die Botschaft wird mit 31 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen mit Änderungen angenommen.

6. Kreditbegehren von CHF 500'000 für das Anbringen eines Suizidschutzes an den Viadukten Jakobshöhe und Sauloch

Eintreten ist unbestritten.

GR Leutenegger, Präsident BU: Die Kommission behandelte dieses Geschäft mit grosser Ernsthaftigkeit und Betroffenheit. Ich möchte mich auch kurzfassen, sonst wird man diesem Thema so-wieso nicht gerecht. Meiner Meinung nach geht es um drei Aspekte: Einerseits zu probieren den, der Suizidgedanken hat, mit baulichen Schikanen davon abzubringen, damit die Chance besteht, dass er zur Vernunft oder zu einer anderen Einsicht kommt, damit vielleicht sein Verwandten- und Bekanntenkreis inklusive professioneller Hilfe die Chance hat, sein Leben zu retten. Zweitens sind Verwandte und Freunde bei so einem Vorfall sehr betroffen, was nachhaltig Spuren hinterlässt und die meist mit einem grossen Fragezeichen zurückgelassen werden. Drittens, wenn man ans Sauloch denkt, wo Jugendliche mit einem solchen Vorfall konfrontiert werden, was ebenfalls tiefe Spuren hinterlassen kann.

Die Kommission hat diskutiert, ob man auch die SBB ins Boot holen könnte, damit diese sich an den Kosten beteiligen. Aber Sandro Nöthiger konnte uns glaubhaft versichern, dass dies verlorene Liebesmühe wäre. Bei meiner Berufserfahrung ist es etwa ähnlich, wenn eine Kuh von einem Zug überfahren wird, mit den SBB verhandeln ist eigentlich chancenlos. Deshalb ist die Kommission einstimmig der Meinung, dass man dem Begehren zustimmen sollte. Die Kommission hat die Hoffnung auf der Zeitschiene, dass gleich morgen früh mit den Bauarbeiten begonnen wird.

GR Leuch: Dieses Bauvorhaben dient wie bereits erwähnt der Verhinderung von Traumata betroffener Familien, aber vielleicht noch mehr, um Anwohner und Drittpersonen vor Albträumen zu bewahren. Denn diese sind manchmal fast mehr betroffen als die anderen. Die Fraktion MITTE/EVP ist einstimmig für die Montage dieser speziellen Schutznetze an unseren zwei Viadukten. Anlass zur Kritik gab in unserer Fraktion einzig das Verhalten der SBB. Statt einer Unterstützung und Beteiligung sollen wir jetzt die Kosten für die Streckensicherung auch noch während der Montage übernehmen. Einem Monopolisten wie den SBB würde es gut anstehen, so ein Vorhaben zu unterstützen, sind doch die vertikalen Schutznetze nicht nur auf der Stegseite, sondern auch auf der Bahnseite vorgesehen, wo normalerweise kein Fussgänger hingeht. Schön wäre es, wenn man das noch korrigieren könnte. Es ist vielleicht

aussichtslos, aber ein Appell würde sich doch lohnen. Ansonsten ist das wirklich eine gute Sache, wie wir am Beispiel der Taminabrücke sehen. Es sieht unauffällig aus und nützt viel.

GR Kuntzemüller: Wir (SP/GEW/JUSO- Fraktion) bedanken uns sehr für die vorliegende Botschaft und werden sie einstimmig annehmen.

GR Cornel: Mehrheitlich werden wir seitens der FDP-Fraktion diese Botschaft annehmen.

GR Schindler: Es ist an der Zeit, das Thema Suizid nicht weiter stillschweigend zu behandeln. Da immer mehr Menschen dem Druck der Arbeit, Familie und sozialen Ansehens nicht mehr gewachsen sind, wird der Suizid immer öfter als mögliche Problemlösung betrachtet. Suizid ist ein ernstes gesellschaftliches Problem, das nicht übersehen werden darf. Indem wir Suizidnetze an sensiblen Standorten wie der Brücke Sauloch und Jakobshöhe installieren, können wir potenziellen Selbstmorden vorbeugen und gleichzeitig das Bewusstsein für dieses wichtige Thema schärfen. Die Brücke Sauloch ist ein besonders kritischer Ort, weil sich dort das Pfadiheim befindet und viele Kinder wie auch Erwachsene diese Brücke passieren. Zeuge eines Suizidversuchs zu sein, kann lebenslange traumatische Folgen haben. Nicht nur für die betroffenen Personen, sondern auch für diejenigen, die hilflos mitanschauen müssen, wie jemand in einer verzweifelten Situation ist. Die Installation von Suizidnetzen an den Brücken Sauloch und Jakobshöhe wäre ein bedeutender Schritt, um potenzielle Selbstmorde zu verhindern und die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Die Netze können einen physischen Schutz bieten und gleichzeitig als sichtbares Zeichen dienen, dass wir als Stadt Kreuzlingen das Thema Suizid ernst nehmen und unterstützende Massnahmen ergreifen. Die SVP-Fraktion wird der Botschaft einstimmig zustimmen.

GR Wolfender: In der FL/GLP-Fraktion haben wir den Kreditantrag für einen Überkletterschutz – das finde ich einen deutlich passenderen Namen als Suizidschutz, denn vor Suizid schützt es im Prinzip ja nicht – bei unseren zwei Viadukten in Kreuzlingen eingehend diskutiert. Wir sind einstimmig der Meinung, obwohl wir hier keinen sogenannten Hotspot haben, dass diese Investition absolut Sinn macht. Damit können wir keine Not verhindern, aber sehr wohl dazu beitragen, dass nicht noch mehr Not entsteht. Denn die beiden Viadukte führen teilweise über Wohngebiete und vor allem, wie bereits erwähnt, direkt übers Pfadiheim, das im letzten Jahr mehrmals von so einem tragischen Ereignis betroffen war. Deshalb sind wir einstimmig für die Annahme dieses Kreditbegehrens.

GR Schulthess: Es ist ein schwieriges Thema, trotzdem bleibt einem nichts anderes übrig, als politisch darüber eine Diskussion zu führen. Wo will man anfangen, wo will man aufhören? Am Schluss ist es ein sehr grosser Aufwand, der vermutlich kaum einen einzigen Suizid verhindern wird. Wie bei vielen anderen Themen wird man einfach die Lokalität verschieben. Man wird auch nicht verhindern können, dass Menschen mit dieser Problematik zusammentreffen – man kann das im Zug erleben oder irgendwo in Kreuzlingen. An dieser Stelle möchte ich den Stadtrat einfach einladen, wenn wir solch intensiv bepreiste Massnahmen machen, dann auch zu klären, ob es irgendeine Wirkung hat. Stand heute Anzahl Suizide auf Gemeindegebiet Kreuzlingen und Stand 30. Juni 2024. So könnte man schauen, ob man mit diesen CHF 500'000 irgendeine Wirkung erzielen konnte. Ich glaube es nicht, so schön es auch wäre, und werde dem Kreditbegehren deshalb nicht zustimmen.

GR Hummel: Suizid lässt sich nicht verhindern, wenn jemand Suizid begehen will. Aber es ist kein schöner Anblick, wenn da unten eine zertrümmerte Leiche liegt. Ich weiss, wovon ich spreche.

Materielle Beratung – die Botschaft wird seitenweise durchberaten

Seite 1 Ausgangslage

SR Zülle: Wir haben bei den Baukosten die Sicherheitsleistung SBB, wo kritisiert wurde, dass wir das bezahlen müssen. Sie haben es damit begründet, dass wir einen Steg haben. Der Steg gehört der Stadt, das Ganze befindet sich auf SBB-Areal, der Viadukt gehört den SBB. Sie haben natürlich immer das Problem eines Präjudizes. Wenn sie es an einem Ort bezahlen, müssen sie es in der ganzen Schweiz bezahlen. Das rechtfertigt es natürlich nicht. Ich finde, sie sollen diese Baustellensicherung übernehmen. Wir werden diesen Antrag an die SBB stellen, mündlich haben wir es bereits gemacht. Wir wollten es aber nicht abwarten. Wir wollten, dass diese Botschaft heute diskutiert wird, damit wir möglichst

schnell damit starten können. Deshalb wollten wir auch nicht die Budgetierung abwarten und deshalb sind diese CHF 40'000 jetzt noch drin. Ich hoffe, dass die SBB die Sicherheitsmassnahmen übernehmen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Die Botschaft wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme angenommen.

7. Kreditbegehren von insgesamt CHF 450'000 (jährlich CHF 150'000 von 2023 bis 2025) für die Pilotphase der Gleichbehandlung aller Kitas sowie Abschreibung der Motion zum Thema Kindertagesstätten

Eintreten ist unbestritten.

GR C. Brändli, Präsident GKS: Die GKS-Kommission wurde am 23. Juni 2023 von SR Moos, Ruedi Wolfender (Abteilungsleiter) sowie Zeljka Blank (Leiterin Fachstelle Integration und Familie) sehr ausführlich über diese Botschaft informiert und auf den aktuellen Stand gebracht. Der Gemeinderat hat die Protokolle mit den diversen Anhängen erhalten und die Mitglieder wurden sicherlich anlässlich ihrer Fraktionssitzungen durch die GKS-Mitglieder ausführlich informiert. Deshalb verzichte ich auf eine Wiederholung und beschränke mich auf das Wesentliche der Botschaft, nämlich den Rückweisungsantrag. Den Rückweisungsantrag wird die GKS im Anschluss an die Fraktionsmeinungen und das Votum von SR Moos stellen. Dieses Vorgehen wurde vorab mit dem Gemeinderatspräsidenten abgesprochen. Im Dezember 2021 wurde die Motion zum Thema Kindertagesstätten eingereicht. Diese zielt darauf ab, mit allen Kindertagesstätten eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen und sie bezüglich der Subventionen, Defizitgarantie und Darlehen gleich zu behandeln. Der Stadtrat ist zum Schluss gekommen, dass zukünftig nur eine Subjektfinanzierung, also eine Subventionierung der bezugsberechtigten Familien infrage kommt. Zurzeit wird der Verein Kreuzlinger Kinderkrippe Felsenburg (VKK) aufgrund eines Volksentscheids aus dem Jahr 1992 aber noch objektfinanziert. Aktuell verfügen nur der Doldenhof und der Tagesfamilienverein über eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt und somit auch über die Grundlagen für Subventionierungen der bezugsberechtigten Familien. In allen anderen Kitas können bis heute keine subventionierten Plätze angeboten werden. Auf Bundesebene und vor allem auch auf Kantonsebene ist mit einer einheitlichen Gesetzgebung zur Finanzierung von familien- und schulergänzender Kinderbetreuung bis ungefähr 2025/2026 zu rechnen. Da sich bereits heute abzeichnet, welche Rahmenbedingungen der Kanton vorsieht, empfiehlt die GKS, entsprechende Vorgaben und Rahmenbedingungen in der Übergangszeit, der sogenannten Pilotphase, zu berücksichtigen und alle weiteren Schritte mit der kantonalen Projektgruppe abzusprechen. Zusammengefasst ist diese Botschaft aus folgenden Gründen zurückzuweisen: Verein Kreuzlinger Kinderkrippe Felsenburg, eine einvernehmliche Lösung mit dem VKK liegt noch nicht vor. Da sind weitere Verhandlungen seitens des Stadtrats und unter Umständen auch eine Volksabstimmung notwendig. Die GKS fordert den Stadtrat dringend auf, diese Tendenz prioritär zu behandeln und hoffentlich eine einvernehmliche, für sämtliche Parteien gangbare Lösung zu erarbeiten. Eine entsprechende Botschaft ist im Jahr 2024 dem Gemeinderat vorzulegen. Kantonale Lösung: Die Bearbeitung der Motion im Grossen Rat mit dem Ziel einer kantonalen Lösung ist ebenfalls eine Subjektfinanzierung, die vor allem eine operative Tätigkeit im Bewilligungs-, Controlling- und Abrechnungsverfahren vorsieht. Die GKS erwartet auch hier, dass der Kanton das bis spätestens 2025 erledigt hat. Nationale Ebene: Gleiche Bestrebungen für Rahmenbedingungen sind auch auf nationaler Ebene zu erkennen, diese Bestrebungen sind ebenfalls prioritär zu behandeln. Gleichbehandlung: Die Gleichbehandlung aller bezugsberechtigten Familien in Kreuzlingen kann über die Bereitstellung von Mitteln im jeweiligen Budget gesichert werden. Alle Kitas, die bereit sind, subventionierte Plätze anzubieten, können über den Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der Stadt Kreuzlingen ab dem 1. Januar 2024 direkt mit den bezugsberechtigten Familien abrechnen. Voraussetzung ist, dass Gemeinderat und Volk dem jeweiligen Budget zustimmen. Zur Information möchte ich

noch auf den Anhang zum Protokoll der GKS mit der Rechnungs- respektive Budgetposition 2020-2024 hinweisen: Rechnung 2020: CHF 537'000. Rechnung 2021: CHF 570'000. Rechnung 2022: CHF 376'000 (Corona geschuldet). Budget 2023: CHF 570'000. Budget 2024: CHF 550'000. Im Budget 2024 ist vorgesehen VKK CHF 250'000, Kitas mit Leistungsvereinbarung ebenfalls CHF 250'000, Tagesfamilien CHF 50'000. So kommen wir auf die insgesamt CHF550'000. Thema Leistungsvereinbarung: Die einzelnen Leistungsvereinbarungen werden der Kommission GKS zur Vernehmlassung vorgestellt. Berichterstattung über die Entwicklung des Bedarfs erfolgt halbjährlich in der Kommission. Wir von der GKS erwarten auch, dass wir in den folgenden Sitzungen betreffend Vereinbarung mit dem VKK fortlaufend informiert werden. Budgetberatung: Bis zur Einführung der kantonalen Grundlagen (2025/2026) kann der Budgetbetrag für die Subjektfinanzierung jährlich den Entwicklungen angepasst werden. Über das Budget haben wir jedes Jahr die Möglichkeit, bezüglich der finanziellen Mittel einzugreifen. Motion: Die GKS ist der Ansicht, dass die Motion erst nach der Erledigung sämtlicher Pendenzen mit den Kitas und dem VKK abgeschrieben werden kann. Mit der Rückweisung und der folgenden Zwischenlösung über das Budget können wir die Gleichbehandlung der Kitas mit einer zwei- bis dreijährigen Pilotphase weiterentwickeln. Dies ist auch abhängig von den beteiligten Institutionen, Kanton und Bund sowie dem VKK Felsenburg, der hoffentlich unter den neu geschaffenen Voraussetzungen einlenken und zu einer einvernehmlichen Lösung Hand bieten wird. Es ist zu hoffen, dass wir diese Causa 2026 abschliessen können und sämtliche Kindertagesstätten dann unter den neuen Rahmenbedingungen gleichbehandelt werden und dann die Motion abgeschrieben werden kann. Die Kommission GKS hat einstimmig für den Rückweisungsantrag gestimmt. Die FDP-Fraktion ist aus den genannten Gründen ebenfalls einstimmig für die Rückweisung.

GR Raschle: Die Motion zur Gleichbehandlung aller Kreuzlinger Kitas entspricht unserem urdemokratischen Verständnis für die Gleichbehandlung aller Personen mit gleichen Rechten und Pflichten. Die Durchsetzung einer Gleichbehandlung gestaltet sich jedoch nicht immer einfach und ist nicht mathematisch zu errechnen. Durch direkte und indirekte Subventionen ist fast unser ganzes Staatssystem aufgebaut. Überall gibt es Subventionen, dieses Wort ist heute Abend schon mehrfach gefallen. Die Subventionssysteme müssen der laufenden Entwicklung immer wieder angepasst werden. Früher war es nur der VKK als Alleinanbieter, inzwischen sind mehrere Player dazugekommen. Die Schwierigkeit in Kreuzlingen wird die Anpassung bei verschiedenen Kitas mit unterschiedlichen Ausrichtungen und mit unterschiedlichen Strukturen sein, zum Beispiel der VKK als alteingesessener Anbieter oder bei professionellen Systemen, die es auf dem Markt auch gibt. Es ist zu hoffen, dass seitens des Kantons konkrete Vorgaben eintreffen, die einfach anzuwenden und umzusetzen sind. Bis die Vorgaben des Kantons bekannt sind, macht es aus Sicht unserer Fraktion keinen Sinn, allgemeinverbindliche Fassungen dazu noch auszuarbeiten. Somit bleibt vorerst der bisherige Weg, über das Budget die Unterstützungen zuzuteilen. Nichtsdestotrotz müssen wir die Entflechtung von Stadt und VKK jetzt angehen und schauen, dass wir dort zu Lösungen kommen. Für unsere Fraktion ist es nicht verständlich, wieso der Stadtrat die Botschaft jetzt so vorbereitet hat, ist doch schon länger bekannt, dass der Kanton daran ist, Lösungen zu suchen und zu entwickeln. Die Fraktion MITTE/EVP wird dem vorgeschlagenen Rückweisungsantrag einstimmig zustimmen.

GR R. Herzog: Die SP/GEW/JUSO-Fraktion setzt sich seit Langem für den Ausbau der Kitaplätze in Kreuzlingen ein. Ein grosses Anliegen ist uns gleichzeitig, dass die angebotenen Plätze für alle darauf angewiesenen Familien bezahlbar sind, aber qualitativ gleichzeitig auch hochwertig sind. Neben der Infrastruktur tragen die Aus- und Weiterbildung des Kita-Personals und in starkem Mass auch das Betreuungsverhältnis, also die Anzahl Angestellter in Relation zur Anzahl Kinder dazu bei. In diesem Sinn bedauert es unsere Fraktion inhaltlich, dass das traktandierte Kreditbegehren zurückgewiesen werden soll. Dennoch werden wir dem Rückweisungsantrag mehrheitlich zustimmen, weil momentan insbesondere die Situation mit dem VKK leider noch nicht geklärt werden konnte und offen bleibt, ob allenfalls eine Volksabstimmung notwendig sein wird. Unsere Fraktion erwartet, dass 1. der Stadtrat mit dem VKK prioritär spricht und eine Lösung gefunden wird; 2. eine allfällig nötige Volksabstimmung möglichst bald durchgeführt wird; 3. der Stadtrat Leistungsvereinbarungen mit Anbietern von Kitaplätzen anstrebt und wenn möglich sobald wie angezeigt abschliessen kann; 4. die Entwicklung der Anzahl

Kitaplätze ein grosses Augenmerk erhält; 5. der Stadtrat in der Leistungsvereinbarung die Qualität der angebotenen Plätze im Interesse der Familien mit ihren Kindern sehr hoch gewichtet, aber auch im Interesse der angestellten Betreuungspersonen; 6. Der Stadtrat die benötigten finanziellen Mittel übers Budget zur Verfügung stellt; 7. der Stadtrat den angestossenen Prozess der Weiterentwicklung der Kitas jetzt nicht bremst, sondern zügig vorantreibt und 8. sich der Stadtrat stärker für Bedingungen hinsichtlich des Qualitätskriteriums der Betreuung und der Arbeitsbedingungen bei den Kitas einsetzt, als dies in den kantonalen Vorgaben vorgesehen ist. Wir begrüssen den Vorschlag der GKS, dass die Leistungsvereinbarungen der GKS zur Vernehmlassung vorgelegt werden und dass die Klärung der Situation mit dem VKK prioritär erfolgen muss. Den vorgeschlagenen zweistufigen Prozess der städtischen Förderung erachten wir als sinnvoll. Wir werden der Rückweisung wie erwähnt mehrheitlich zustimmen.

GR Bitschnau: Wir von der FL/GLP-Fraktion unterstützen den Rückweisungsantrag ebenfalls, begrüssen aber die Stossrichtung der Motion sehr, insbesondere weil die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für unsere Fraktion ein wichtiges Thema ist. Mit dem geplanten Vorgehen des Stadtrats sind wir im Grundsatz einverstanden, möchten aber gern drei Punkte hervorheben. Die Gleichbehandlung der Kitas mit einer subjektorientierten Finanzierung ist sehr zu begrüssen. Ausserdem muss mit dem VKK, um das realisieren zu können, eine sehr baldige Lösung gefunden werden. Wir müssen auch im Auge behalten, was der Kanton macht, um einen administrativen Mehraufwand auf der Seite der Kitas in ein paar Jahren zu vermeiden. Weiter finden wir es entscheidend, dass die GKS in der detaillierten Ausarbeitung der Umsetzung der subjektorientierten Finanzierung aufgrund der Leistungsvereinbarungen involviert wird.

GR Ricklin: Die SVP-Fraktion dankt zuerst dem Präsidenten der GKS Christian Brändli für den sorgfältig verfassten Kommissionsbericht sowie die guten Ausführungen heute. Kurz vor dem Ziel der Motion Kindertagesstätten bzw. dem notwendigen Kreditbegehren für die Umsetzung wird diese von der kantonalen, erheblich erklärten Motion Finanzierung der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung noch eingeholt oder sogar überholt. Im Sport ist der zweite Platz sicher nicht begehrt, wenn man am Anfang des Rennens vorne lag. In diesem Fall tun wir aber gut daran, Tempo herauszunehmen und den Kanton vorbeiziehen zu lassen, um zu schauen, wohin der Weg wirklich genau führen wird. Noch ist vieles offen, doch der Nutzen könnte für die Gemeinde Kreuzlingen durchaus attraktiv sein. Wie sich das die Grossratsmotionäre vorgestellt haben, ist das auch für die Gemeinde Kreuzlingen attraktiv, zum Beispiel indem unterschiedliche Leistungsvereinbarungen mit den Betreuungsinstitutionen wegfallen werden oder Defizitgarantien gar nicht mehr nötig sind oder in Zukunft Rechtsgleichheit unter den Eltern und unter den Institutionen besteht. Die SVP-Fraktion hat das vorliegende Kreditbegehren in Anbetracht der Gesamtsituation, wie der GKS-Präsident es dargelegt hat, diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass wir der angekündigten Rückweisung einstimmig zustimmen werden.

SR Moos: Die Ausgangslage wurde zwischenzeitlich mehrfach erwähnt. Ich verzichte darauf, die Gründe für die Rückweisung nochmals zu wiederholen. Bislang leistet die Stadt finanzielle Beiträge an zwei Kitas und den Tagesfamilienverein. Insgesamt werden 65 Plätze in Kitas und ungefähr 90 Plätze beim Tagesfamilienverein subventioniert, die durch die öffentliche Hand mit maximal CHF 520'000 finanziell unterstützt werden. Der Subventionsbetrag steht den Kitas zur Verfügung; für den VKK CHF420'000, für den Doldenhof CHF100'000 und der Tagesfamilienverein hat ein Kostendach bis max. CHF90'000 und betreut Kinder im Vorschul- und Schulalter. In den anderen Einrichtungen werden bislang keine von der Stadt subventionierten Plätze angeboten. Die Bedarfserhebung aus dem Jahr 2021 zeigt, dass 30 zusätzliche Plätze notwendig sind, um alle subventionsberechtigten Familien unterstützen zu können. Der Stadtrat begrüsst die Forderung der Motionäre nach einer Gleichbehandlung der Kindertagesstätten. Unterstützt durch diese Forderung ist es das Ziel des Stadtrats, zukünftig ein subjektorientiertes Subventionsmodell einzuführen – vorausgesetzt, die Kitas erfüllen die gesetzlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen. Dieses Modell entspricht dem Wunsch vieler Familien, einen subventionsberechtigten Kitaplatz nach Standort und Betriebseinrichtung selbst wählen zu können, was für die Familien ein echter Mehrwert darstellt. GR Wittgen hat zum gleichen Thema am 17. November 2022 zusammen mit GR Müller und GR Kuntzemüller im Namen der SP/GEW/JUSO-Fraktion einen Vorstoss eingereicht. Die Interpellation trug den Titel "Bedingungen für die Subventionierung von Kitas". Die Interpellation wurde vom Stadtrat an der Gemeinderatssitzung vom 23. März 2023 beantwortet. Die

Interpellation richtet ihr Augenmerk auf die Qualitätskriterien der Betreuung, der Arbeitsbedingungen und Elternbeiträge. Diese zentralen Bereiche in der Beurteilung der Betreuungseinrichtung sowie die Voraussetzungen einer Unterstützung sind bereits heute über das Bewilligungsverfahren und die Kontrolle durch den Kanton gewährleistet. Das Ziel der überwiesenen Motion, nämlich die Gleichbehandlung aller Kitas hinsichtlich der finanziellen Unterstützung ist nur umsetzbar, wenn es zu einer Lösung mit dem VKK kommt. Diesbezüglich werden wir Gespräche mit dem VKK raschmöglichst wieder aufnehmen. Der Stadtrat ist sich sicher, dass eine einvernehmliche Lösung mit dem VKK schlussendlich allen Beteiligten zugutekommt. Nur so kann auch die Motion anschliessend beschrieben werden. Gleichzeitig werden wir die Leistungsvereinbarung, welche die subjektorientierte Förderung der Kitaplätze regelt, in enger Absprache mit dem Kanton überarbeiten und der GKS zur Vernehmlassung vorlegen. Die Stadt kann anschliessend mit allen vom Kanton bewilligten Betreuungseinrichtungen in Kreuzlingen Leistungsvereinbarungen abschliessen. Darin werden die von der Einrichtung zu erbringenden Leistungen hinsichtlich Qualität, Angebot, Betriebskonzept und Zusammenarbeit mit der Stadt ebenso wie die städtischen Subventionen für die Familien festgelegt. Der Budgetbetrag für die Subjektfinanzierung kann bis zur voraussichtlichen Einführung der kantonalen gesetzlichen Grundlagen (2025/2026) durch den Gemeinderat jährlich der Entwicklung angepasst werden. Mit diesem Vorgehen erhält der Gemeinderat volle Transparenz hinsichtlich der Kosten und der abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen. Der Stadtrat ist sich sicher, dass mit dem jetzt angedachten Vorgehen eine schlanke und pragmatische Zwischenlösung für die Kreuzlinger Familien hinsichtlich bezahlbarer Kitaplätze angeboten werden kann.

GR C. Brändli: Somit stelle ich im Namen der GKS an dieser Stelle den Rückweisungsantrag.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Die Botschaft sowie die Abschreibung der Motion werden mit 31 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen zurückgewiesen.

Postulate

8. Postulat transparente Buchhaltung der Energie Kreuzlingen / Stellungnahme

GR Salzmann: Erst einmal besten Dank an den Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Ganz besonders freut mich, was indirekt in der Antwort des Stadtrats steht. In Kapitel 1.3 wird einfach die Struktur gemäss Postulat wiederholt. Der im Postulat erwähnten Behauptung, dass es die im Postulat geforderte Logik der Transparenz intern ohnehin schon gebe, hat der Stadtrat nicht widersprochen. Dass die Transparenz einen bürokratischen Mehraufwand gebe, schreibt der Stadtrat auch nicht. Somit sind schon wichtige Punkte ausgeräumt, die gegen eine Transparenz sprechen könnten. Besten Dank dafür an den Stadtrat. In Kapitel 1.6 erläutert der Stadtrat in seiner Antwort, dass im Vergleich der Rechnungslegungen mit anderen solchen Buchungskreisen keine Erkenntnisse gewonnen wurden, nicht transparenter zu werden. Auch dies ist eine positive Aussage. Immer wieder betont der Stadtrat, bei Energie Kreuzlingen handle es sich um ein Unternehmen, deswegen sei Transparenz nicht so erwünscht, andere Unternehmen würden das schliesslich auch nicht machen. Dass ich in der Begründung des Postulats explizit darauf hingewiesen habe, dass Energie Kreuzlingen eben kein Unternehmen ist, sondern lediglich ein Buchungskreis der Stadt Kreuzlingen, scheint irgendwie nicht angekommen zu sein. Ich komme jetzt zu Kapitel 1.5 der stadträtlichen Antwort, das ist die eigentliche Essenz der Ablehnung durch den Stadtrat. Die Punkte 1 und 2 sind der Klassiker für alle, die gegen Transparenz sind: Der Leser würde die Transparenz nicht verstehen. Wenn ich beispielsweise Stromnetz, Stromhandel und Stromproduktion mit unterschiedlichen regulatorischen Vorschriften und Mechanismen in einen einzigen Topf werfe und buchhalterisch gemeinsam ausweise wie heute, dann soll der Leser das also besser verstehen, als wenn man es voneinander trennt? Im Gegenteil – der Leser versteht es weniger

gut. Oder zumindest ich verstehe es weniger gut. Ich verstehe dieses Argument nicht. Dann zu 4. des Kapitels 1.5, auch wieder ein Klassiker für diejenigen, die Transparenz vermeiden wollen. "Mehr Informationen bieten keinen Mehrwert, weil die Information erst zu einem späteren Zeitpunkt zugänglich gemacht wird." Gilt das auch fürs Budget, zum Beispiel eines Folgejahres? Für eine Jahresrechnung gilt das immer. Mit dieser Argumentation braucht es keine öffentliche Jahresrechnung mehr, sie wird ja erst nach Ablauf des Jahres publiziert. Wo ist da die Logik? Dann zu den Punkten 3 und 5 des Kapitels 1.5 der stadträtlichen Antwort: Hier erwähnt der Stadtrat zurecht § 3 Abs. 3 Öffentlichkeitsgesetz mit dem Zitat "soweit sie am wirtschaftlichen Wettbewerb teilnehmen". Also gilt das auch für die eigene Stromproduktion, für das Wasser- und das Gasnetz? Gilt das auch für das Stromnetz und die Strommonopolkunden? Mitnichten. Hat das Postulat gefordert, Monopolkunden von Marktkunden separat auszuweisen, sodass die Marktkunden mit internen Informationen in einer besseren Verhandlungsposition wären? Nein, das hat das Postulat nicht. Der Stadtrat argumentiert gegen eine Forderung, die im Postulat gar nicht enthalten ist. Seltsam. Dann zum letzten Punkt in Kapitel 1.5: Den ersten Satz habe ich noch verstanden, das ist auch korrekt, aber ich weiss nicht genau, was das mit dem Postulat zu tun hat. Aber den zweiten Satz verstehe ich überhaupt nicht. Vielleicht gibt es hier noch ein bisschen Nachhilfe. Fazit: Energie Kreuzlingen ist kein Unternehmen, sondern ein Buchungskreis der Stadt. Die Lesbarkeit ist eingeschränkt, weil verschiedene Sachverhalte mit verschiedenen Regulatorien und Mechanismen in einen Topf geworfen werden. Die Argumentation beziehungsweise Logik des Stadtrats kann ich nicht nachvollziehen. Der Gemeinderat ist das aufsichtsführende Organ, unter anderem auch gegenüber Energie Kreuzlingen. Wer nichts zu verstecken hat, sollte nichts verstecken. Auch gegenüber dem Bürger nicht. Daher bitte ich euch, das Postulat anzunehmen.

SR Beringer: Der Stadtrat möchte ganz klar festhalten, dass die Buchhaltung von Energie Kreuzlingen transparent ist. Wir haben Mechanismen im Gemeinderat, die funktionieren. Wir haben eine Kommission Energie Kreuzlingen, wir haben eine Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, daraus auch eine Revisionsgruppe, die jederzeit die Zahlen von Energie Kreuzlingen zur Verfügung gestellt bekommen. Auch der Postulant macht regelmässig davon Gebrauch, dass er an die Finanzchefin von Energie Kreuzlingen Fragen stellt und wiederholt lobend erwähnt, wie die Informationen zu ihm kommen. Wir können wirklich behaupten, dass wir eine sehr transparente Buchhaltung haben. Auf die Nachteile einer noch transparenteren Buchhaltung hat GR Salzmann hingewiesen. Zu diesen Nachteilen stehen wir, diese Nachteile bestehen. Auch wenn er es nicht als Nachteil sieht, wir sehen es als Nachteil und dazu stehen wir auch. Die Zusammenarbeit zwischen der Rechnungsführung von Energie Kreuzlingen und den drei Kontrollmechanismen, die wir haben, ist sehr gut, das wird von diesen drei Institutionen jeweils auch lobend erwähnt. Aus diesen Gründen bittet der Stadtrat das Parlament, das Postulat abzulehnen.

GR Wolfender: Es macht sehr wohl Sinn, dass man genau hinschaut, für was und wieso Energie Kreuzlingen Geld ausgibt. Das in dieser Detailtiefe öffentlich zu machen mit den dazugehörigen Erklärungen, damit jeder sie versteht, fällt auch mir und in den Kommissionen manchmal schwer und kostet für unsere Fraktion zu viel Geld. Wir haben mit den gemeinderätlichen Kommissionen EnK und FRK genug Möglichkeiten, die Kostenstrukturen genau zu durchleuchten. Die FL/GLP-Fraktion ist einstimmig für die Ablehnung dieses Postulats.

GR Schulthess: Ich habe Verständnis dafür, dass man als Unternehmung nicht gern seine Einkaufspreise für die Produkte offenlegt, ob es nun Strom oder etwas anderes ist. Den Hinweis darauf, dass man aber auf dem Markt privatrechtlich agiert, kann man so nicht stehen lassen. Da Energie Kreuzlingen ein Teil der Stadt ist, wird sie juristisch und nicht privatrechtlich agieren. Schade finde ich, dass man in dieser Beantwortung Sachen bemüht wie: Die Leute da draussen verstehen es ja sowieso nicht. Dann müssten wir bei bestimmten Abstimmungen, wo man jeweils nicht sicher ist, ob die Leute verstehen, worum es geht, auch den Kreis derjenigen einschränken, die etwas dazu sagen dürfen. Ich würde mich doch dafür starkmachen, dass wir die Informationen herausgeben. Und jene, die nicht verstehen, wie es gemeint ist, können Nachfragen stellen. Aber mit Hinweis darauf, dass sie es sowieso nicht verstehen, die Transparenz einzuschränken, hat ein bisschen einen Beigeschmack, könnte man sagen. Zu guter Letzt kommt das Ganze daher, dass man die Kontrolle über die Strompreise verloren hat. Wenn das wie immer einen geradlinigen Weg laufen würde, käme der Wunsch nach vertieftem Einblick gewiss nicht mit solchem

Druck. Ich würde einladen, die Hausaufgaben zu machen und im Bereich Einkauf vielleicht wieder ein bisschen näherzulegen, was den Verkaufspreis betrifft, dann würde man solche Postulate nicht antreffen. Ich würde Sie einladen, diese Transparenzvertiefung gutzuheissen.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Interpellationen

9. Interpellation Erhalt öffentlicher Parkplätze / Begründung

GR Dufner: Wir mussten in der Vergangenheit feststellen, dass in den letzten Jahren die öffentlichen Parkplätze abnehmen. Man hat Klagen von Detaillisten, von Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen in diesem Zusammenhang gehört, man konnte sie auch in der Zeitung lesen. Auch in Zentrumsbereichen Wohnende bemängeln, dass ein schwindendes Parkplatzangebot vorhanden ist. Die Strassenvorlagen, welche wir in den letzten Jahren hatten, hatten unter anderem auch wegen der Parkplatzsituationsproblematik einen schweren Stand und teilweise eine Abfuhr erlitten. In diesem Zusammenhang erfolgten immer wieder Verweise darauf, dass auf Privatgrundstücken neue Parkplätze erstellt worden seien. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn diese Parkplätze stehen nicht für die Öffentlichkeit zur Verfügung, sondern eben nur für die Berechtigten, nämlich die entsprechenden Besucher, die auf diesen Grundstücken eine Firma oder ein Wohnhaus haben. Ich war zufälligerweise heute auf dem Bärenplatz. Wenn man schaut, wie viele Parkplätze auf dem Bärenplatz vorhanden sind, auf wie vielen aber gar nicht parkiert werden darf, weil sie für die PH gesperrt sind, sind gefühlt mehr als die Hälfte für die PH gesperrt mit den ergänzenden Bereichen, die man später noch Richtung Schulhaus errichtet hat. Die Parkplatzsituation hat sich in den letzten Jahren massiv verändert und wir von der MITTE/EVP-Fraktion sind der Meinung, dass man eine Übersicht braucht, wie die Situation sich entwickelt hat. Kreuzlingen ist keine Grossstadt, wir haben eine andere Situation. Der motorisierte Individualverkehr hat in Kreuzlingen einfach einen anderen Stellenwert als in Zürich, zumindest jetzt noch. Ab nächstem Jahr wird sich das ändern mit dem "Stützlibus" und auch dann, wenn vielleicht sogar einmal der Gratisbus kommt. Aber im Moment hat es noch einen anderen Stellenwert. Wir möchten mit dieser Interpellation eine Übersicht über das Angebot der Parkplätze und die Entwicklung in den letzten Jahren in den einzelnen Quartieren, insbesondere aber in den Zentrumsbereichen bekommen. Wir sind der Meinung, das wird sicher auch dem Stadtrat dienlich sein im Zusammenhang mit der geplanten Auslegerordnung, die er angekündigt hat, und der Analyse im Zusammenhang mit der Kreuzlinger Verkehrspolitik, weil da natürlich auch die Parkplatzpolitik hineinspielt.

10. Interpellation Fussballtribüne / Begründung

GR Dogru: Sport verbindet Menschen. Das Fussballspiel ist über alle Grenzen hinaus populär. Auch hier in Kreuzlingen schauen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt dem flinken Ballspiel live zu. Dabei sind auch Menschen mit Behinderungen. Gemäss Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) sollen öffentliche Plätze und Orte für Menschen mit Beeinträchtigungen barrierefrei zugänglich sein. Ja klar, der jetzige Zuschauerbereich erfüllt diese Kriterien einigermaßen. Was aber, wenn das Wetter überraschend umschlägt? Haben Sie sich schon einmal überlegt, wie es ist, im Rollstuhl sitzend von einem Regenschauer überrascht zu werden? Wir haben in Kreuzlingen alle Bushaltestellen erhöht, damit man sich mit dem Rollstuhl selbstständig und ohne jegliche Unterstützung fortbewegen kann. Als Sportfan bin ich oft bei den Fussballspielen des FC Kreuzlingen. Bei Regen oder starker, kühler Bese ist das Zuschauen unter den zwei behelfsmässigen, übrigens ziemlich hässlichen Blachen mehr als unangenehm. Bei einer solchen Wettersituation ist mir eine betagte Dame mit Gehstöcken aufgefallen. Sie stand ganz hinten und weil die Zuschauer vorne und unter der Plane zusammenrückten, war es für diese Zuschauerin unmöglich, das Spiel weiterzuverfolgen, weil so viele Menschen direkt vor ihr standen. Dies

entspricht nicht der Vorzeigesportstadt Kreuzlingen. Für eine erfolgreiche Mannschaft braucht es auch den Ansporn der Seitenlinie und eine für alle – seien es die Spieler oder die Zuschauer – entsprechende Infrastruktur. Diejenige der Sportler wurde in den letzten Jahren modernisiert und saniert, nun fehlt nur noch der Teil für die Besucher, zumeist Kreuzlinger Steuerzahler. Wenn ich als leidenschaftlicher Sportler an unsere Nachbargemeinde Tägerwilten mit einer überdachten Sporttribüne denke und an weitere Städte wie Weinfelden und Frauenfeld mit stadionartigen Sportanlagen, so passt für mich die Infrastruktur am Fussballplatz hier in Kreuzlingen noch nicht mit dem Namen Sportstadt überein. Ganz zu schweigen von denjenigen Sportstädten, in denen der FC Kreuzlingen in der 1. Liga teilweise antritt. Ich danke für die Unterstützung meines Antrags, das dringende Projekt einer witterungsgeschützten Zuschauertribüne beim Fussballplatz im Hafenaerial. Bei einer Kapazität von 1'000 – 1'400 Sitzplätzen könnte mit zukunftsorientiertem Bauen auf der riesigen Dachfläche eine PV-Anlage montiert werden.

Verschiedenes

11. Schriftliche Anfrage Leistung von Solaranlage Energie Kreuzlingen über ein Jahr / Beantwortung

Der Ratspräsident: Die Beantwortung lag der der Einladung bei. Eine Diskussion findet nicht statt.

12. Verschiedenes

12.1 Kulturbeauftragte Konstanz Zeitungsbericht

GR Salzmann: Ich lese etwas vor, was heute im Südkurier stand. «Sarah Müssig», das muss die Kulturbeauftragte oder die Kulturchefin der Stadt Konstanz sein, «stellt fest, für Kulturschaffende gebe es in Konstanz zu wenig Ateliers und Proberäume. Deshalb denke man den Stadtraum grösser und gehe bis über die Grenze in die Schweizer Nachbarstadt Kreuzlingen, wo Räume leer stehen. In einem Kulturhaus eröffnen sich eventuell neue Möglichkeiten.» Hat das irgendetwas mit städtischen Liegenschaften zu tun?

SR Moos: Mir ist keine offizielle Anfrage bekannt, daher gehe ich nicht davon aus, dass es sich um stadteigene Liegenschaften handelt. Ich könnte mir vielleicht auch vorstellen, dass sie beim Apollo angefragt haben.

12.2 Hochbaute Postprovisorium

GR Schulthess: Am 7. März 2021 hat die Kreuzlinger Stimmbevölkerung in einer Volksabstimmung angenommen, dass auf der Festwiese keine Hochbauten erstellt werden dürfen. Nun ist der Stadtrat mit einer Info an uns herangetreten, dass man auf der Festwiese ein Postprovisorium erstellen möchte. Ich möchte vom Stadtrat gern wissen, wie der aktuelle Stand ist, ob tatsächlich noch an dieser Idee festgehalten wird und auf welcher Basis man den Volkswillen dieser Abstimmung ignorieren will.

STP Niederberger: Wir haben in der Mai-Sitzung umfangreich über dieses Thema informiert. Es war eine einfache Anfrage des damaligen Gemeinderats Jost Rüegg, worauf wir ein ausführliches Papier erstellt und den Gemeinderatsmitgliedern abgegeben haben. Dieses Papier hat eigentlich immer noch Gültigkeit. Das Baubewilligungsverfahren läuft. Es wurden Einsprachen eingereicht, die jetzt vom DBU behandelt werden, weil wir als Stadt hier befangen sind. Im Moment läuft dieses Verfahren so weiter, wie in der Beantwortung zu dieser einfachen Anfrage angekündigt.

GR Schulthess: Das beantwortet die Frage natürlich nicht. Es mag sein, dass es eine Beantwortung gab, aber ich hätte trotzdem gern in einem Satz die Antwort gehabt, auf welcher Rechtsbasis man den Volksentscheid nicht durchführen will. Es mag sein, dass es in der Beantwortung steht, aber es ist mir nicht bekannt.

STP Niederberger: Wie wir es schon immer gesagt haben, es ist die Frage des Titels und des Initiativtextes. Da gibt es unterschiedliche Meinungen zwischen den Initianten und dem Stadtrat. Der Titel hat bei dieser Initiative keinen unmittelbaren Einfluss auf die Abstimmung, entscheidend ist der

Initiativtext. Dieser lautet, Stadtrat und Gemeinderat werden beauftragt, an einem anderen Ort ein Stadthaus zu planen. Das haben wir so aufgezeigt und an dieser Rechtsauffassung halten wir weiterhin fest.

12.3 Informationen Projekte

STP Niederberger: Ich erlaube mir, bei ein paar Projekten den Gemeinderat über den aktuellen Stand zu informieren. Sanierung und Erweiterung der städtischen Verwaltungsliegenschaften, Alternativprojekt Stadthaus: Ende Mai konnte der Stadtrat die Machbarkeitsstudie verabschieden, entsprechend haben wir die Vorbaukommission informiert. Die Machbarkeitsstudie hat aufgezeigt, dass wir das erarbeitete Raumprogramm am Standort Marktstrasse/Boulevard umsetzen können und dass es eine Lösung mit dem Nachbarn (Häberlin) gibt und man dort mit einem Landabtausch arbeiten kann. Anschliessend haben wir die Ausschreibungsprogramme erarbeitet. Es gibt zwei Ausschreibungen, einerseits ein Studienauftragsprogramm für den Standort Kerngebiet Marktstrasse/Boulevard, andererseits für das Haus Sallmann, wo man die Scheune ausbauen will, eine Planerwahl im selektiven Verfahren. Dies konnten wir letzten Mittwoch im Stadtrat verabschieden und heute haben wir die Ausschreibung bereits gestartet. Es ist auf der Onlineplattform SIMAP. Nun können sich interessierte Büros bewerben. Die Eingabefrist ist bis ca. Mitte August. Aktuell ist es eine offene Ausschreibung nach WTO, wo sich jeder bewerben kann. Nachher werden wir in einer Präqualifikation eine Auswahl treffen.

Marschhalt bezüglich Verkehrsplanung: Wir hatten im Stadtrat eine Grundsatzdiskussion. Das Abstimmungsergebnis bezüglich Hauptstrasse Nord haben wir mit Bedauern zur Kenntnis genommen und haben versucht, eine schonungslose Analyse zu machen. Aktuell befinden wir uns, was Strassen betrifft, in einer Negativspirale, aus der wir herauskommen müssen. Deshalb braucht es aktuell einen Marschhalt. Stimmen aus der Bevölkerung, aus Leserbriefen und aus dem Gemeinderat haben wir aufgenommen und hier einen Stopp gemacht. Das bedeutet auch, dass die Löwenstrasse, die eigentlich für den Oktober vorgesehen gewesen wäre, momentan sistiert ist. Was wollen wir mit diesem Marschhalt erreichen? Wir brauchen jetzt eine grundlegende Auslegeordnung und eine Analyse der Kreuzlinger Verkehrspolitik. Uns wurde in den letzten Jahren immer wieder vorgeworfen, wir hätten kein Konzept. Ich kann sagen, wir haben eigentlich für alles ein Konzept. Es gibt Verkehrsrichtpläne, es gibt verschiedene Grundlagen. Aber wir haben es nicht geschafft, die Grundlagen plausibel aufzuzeigen. Diese Auslegeordnung werden wir machen. Wir werden die verschiedensten Grundlagen zusammentragen wie zum Beispiel den Verkehrsrichtplan, in dem aufgeführt ist, wo die Hauptstrassen, Gemeindestrassen und Quartierstrassen sind. Wir wollen aufzeigen, wo Parkierungen stattfinden sollen, wie das Parkleitsystem aussehen soll, was für Strassensanierungen anstehen. Diese werden wir auch mit Daten hinterlegen, die rechtlichen Bestimmungen und natürlich auch den Einfluss des Agglomerationsprogramms aufzeigen. Ich stelle mir vor, dass wir in diesem Prozess auch gewisse Grundsatzentscheide treffen müssen, aber wir wollen alle Daten, die bereits vorhanden sind oder die man teilweise noch erarbeiten muss, zusammentragen, um mit dem Gemeinderat und letztlich auch der Bevölkerung übersichtlich und einfach aufzuzeigen, damit man wieder Vertrauen gewinnt in unsere Verkehrspolitik, damit dann weitere Strassenprojekte vom Volk hoffentlich mit gutem Gewissen angenommen werden können. In einem ersten Schritt werden wir das Gespräch mit den Fraktionspräsidien führen; eine Terminumfrage ist bereits erfolgt. Bereits nach den Sommerferien wird der gesamte Stadtrat mit den fünf Fraktionspräsidien zusammensitzen, um unser Vorgehen darzulegen und Rückmeldungen und Inputs von den Fraktionspräsidien einzuholen, damit wir die Arbeiten sehr bald an die Hand nehmen und mit den Grundlagen und den Grundsatzentscheiden rasch weiterkommen. Denn es stehen Strassen an, die gemacht werden müssen. Wir haben auch das Agglomerationsprogramm, das bei Strassen gewisse Gelder in Aussicht stellt, deshalb wollen wir das nicht verzögern, sondern rasch an die Hand nehmen.

Prozess Leitbild: Ich habe bereits darüber informiert, dass wir einen Leitbildprozess an die Hand genommen haben. Wir kennen das Leitbild 2020, dieses wurde 2006/2007 verabschiedet. Wir wollen ein neues Programm machen, das aufzeigen soll, wie sich Kreuzlingen in den nächsten 10 – 15 Jahren entwickeln soll. Welches sind im Moment die Megathemen und in welche Richtung soll es gehen? Der

Leitbildprozess, der wahrscheinlich bis Anfang 2024 dauern wird, soll die Basis für das Legislaturprogramm bilden, wo wir kurzfristig für die nächsten 3-4 Jahre Massnahmen und Ziele des Stadtrats festlegen wollen. In einem ersten Schritt wurden während zweieinhalb Monaten anhand von Online-Fragebogen, Interviews und Workshops verschiedene Umfragen gemacht. Inputs konnte man auch im Trösch abgeben. Am 17. Juni fand auf dem Ausseneisfeld der Bodensee-Arena die Zukunftskonferenz statt, moderiert von Martina Pfiffner. An dieser Veranstaltung haben 50-60 Personen teilgenommen. Ich hätte mir ein bisschen mehr Teilnehmende gewünscht, aber es war ein guter und sehr konstruktiver Prozess, und die Leute haben sich sehr eingebracht und während 4 Stunden aktiv mitgearbeitet. Der Anlass war sehr interessant gestaltet und die 4 Stunden waren extrem schnell vorbei. Ich möchte einen kurzen Überblick machen, damit der Gemeinderat sieht, wie dieser Anlass abgelaufen ist, und anschliessend auf das weitere Vorgehen eingehen. Gianni Fabiano hat den gesamten Workshop live mitgezeichnet, was dann ein 5 – 6 m langes Bild ergab. Im ersten Teil gab es eine Begrüssung von meiner Seite, in der ich aufzeigte, wieso wir das überhaupt machen und welches das Ziel dieses Leitbilds ist. Danach folgte einleitend von Nina Schläfli ein geschichtlicher Rückblick über Kreuzlingen und Konstanz. Es wurden dann Gruppen von 8 – 10 Personen gebildet. In einer ersten Aufgabe wurde nach Stärken und Schwächen von Kreuzlingen heute gefragt. Worauf ist man besonders stolz, was bedauert man? Die Ergebnisse dieser Aufgabe wurde dann von den Arbeitsgruppen vorgetragen und von Gianni Fabiano aufgezeichnet. Silke Stöhr gab dann einen Überblick über die Umfrageergebnisse, an der sich etwa 1000 Personen beteiligt hatten und insgesamt rund 4100 Stichworte einbrachten. Die Stichworte wurden gebündelt, damit die Umfrage eine gute Datenbasis für die weitere Arbeit bildet. In einer nächsten Aufgabe beschäftigten sich die Gruppen mit der Vision. Die Frage lautete: Wie seht ihr Kreuzlingen im Jahr 2033? Zur Lösung dieser Aufgabe war Bastelmaterial vorhanden. In einem spannenden und sehr kreativen Prozess überlegten sich die Gruppen, wie unsere Stadt in zehn Jahren aussehen könnte. Anschliessend musste jede Gruppe drei Handlungsfelder für die weitere Arbeit benennen. Mit der nun vorliegenden Datenbasis, den Aussagen von Bürgerinnen und Bürgern aus Kreuzlingen soll nun das Leitbild erstellt werden. Dabei wird man die Bevölkerung weiterhin einbeziehen. Es haben sich bereits jetzt viele Personen gemeldet, die sich gern an diesem Prozess beteiligen möchten. Ich werde den Gemeinderat weiterhin informieren oder auch mal in eine Kommission gehen. Das Leitbild wird dann Grundlage für das Legislaturprogramm bieten. Ebenfalls wollen wir nach den Sommerferien das Thema Internes Leitbild für die Stadtverwaltung Kreuzlingen angehen, das aufzeigen soll, wie die Stadt Kreuzlingen als Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit ihren Dienstleistungen usw. gegen aussen auftreten will. Auf der Webseite sind bereits viele Informationen aufgeschaltet. Die Umfrageergebnisse wurden zusammengetragen, diese sind einsehbar. Ich kann euch wirklich empfehlen, euch das anzuschauen. Es ist eine PowerPoint-Präsentation mit vielen Statistiken und interessanten Aussagen, was auch wieder eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit ist.

GR Andreas Hebeisen: Zur Hauptstrasse Nord möchte ich ganz klar in den Raum stellen, das Resultat ist zu akzeptieren, die Lehren sind daraus zu ziehen, darüber diskutiert man nicht. Ich diskutiere aber die Analyse, die hier durchdringt, zu der ich noch einen kleinen Beitrag leisten möchte. Es hat auch einen gewissen Zusammenhang mit dem Leitbild. Was ich in der Verkehrspolitik vermisse, was die verschiedenen Strassen anbelangt, ist, dass der Stadtrat als Exekutive gemeinsam hinsteht und den Kreuzlingern sagt: So soll unsere Stadt aussehen. Auch der Entscheid bezüglich Romanshorerstrasse ist zu akzeptieren und nicht infrage zu stellen. Aber dort hätte es schon dazugehört, dass man gemeinsam hinsteht und den Leuten erklärt, wir hätten gern eine solche oder solche Stadt. Das ist nicht passiert. Wie die Romanshorerstrasse heute daherkommt, finde ich schlichtweg tröstlos. Das ist meine persönliche Meinung, aber das ist ein Resultat von dem. Bei der Hauptstrasse Nord ist es auch wieder nicht passiert. Es ist schon richtig in einer Demokratie, man kann die Leute 700-mal fragen. An mir sind schon viele Leitbilder vorbeigegangen, ich weiss auch nicht, wo die heute alle beerdigt sind. Das soll man machen, ich will das auch nicht kritisieren, das ist löblich, aber es darf nicht einfach dabei bleiben. Irgendwann muss regiert werden und irgendwann muss die Exekutive hinstehen und sagen: Wir wollen das, auch wenn es um einen Abstimmungskampf geht. Da muss der Wille zum Ausdruck kommen und zwar gemeinsam, da lässt man auch nicht einen allein, und der Wille muss auch begründet und erklärt werden. Das habe ich bei diesen Strassenabstimmungen vermisst – nochmals, ohne dass Resultat

infrage stellen zu wollen –, aber das geht einfach nicht. Man kann nicht nur immer fragen und fragen und vermuten, was wohl die Leute denken. Irgendwann müsst ihr hinstehen, auch wenn es schwer ist, auch wenn manchmal Kritik kommt, und sagen, wir wollen dieses und jenes. Dafür braucht ihr nicht lange Analysen.

GR Schulthess: Auch zum Thema Verkehr: Mir ist es bewusst, dass das unter Verschiedenen nicht der Ort ist, eine Diskussion zu führen. Eigentlich wollte ich zu den Ausführungen des Stadtrats auch nichts sagen, aber ich bin weitgehend einig mit Kollege Hebeisen. Spätestens als STP Niederberger vom Konzept sprach, fühlte ich mich doch ein bisschen getriggert. Konzepte sehe ich in dieser Stadt nicht, man bastelt jahrelang an der Romanshornstrasse herum, bis die Nerven aller Kreuzlinger blank liegen, nie wird man fertig, dann fängt man wieder vereinzelt Strassen an. Man macht die Hauptstrasse Nord, dann Löwenschanze. Wo ist bitte das Konzept? Man fängt die Strassen an, weil man Geld aus dem Agglomerationsprogramm erhält und nicht, weil man unbedingt die Leitungen machen muss. Das ist unehrlich. Kein Konzept. Dann geht man auf Feld 1. Was macht man? Man macht wieder dieselbe Inzuchtveranstaltung, man fragt wieder, Pro Velo ist wieder unterwegs, es kommen wieder zwei Gutmütige vom Gewerbeverband, die gleicher Meinung sind und die Fraktionspräsidenten. Das ist kein Konzept, das ist ein Kreisel oder so etwas. Und wann hört man in diesem Stadtrat auf, das Thema Südumfahrung zu ignorieren? Das ist ein Thema, und nur weil ihr es alle anders seht, bleibt es trotzdem ein Thema. Wenn ihr da vorwärtskommen wollt, braucht ihr ein Konzept und ihr müsst alles anfassen, sonst ist man immer gleich weit.

GR Salzmann: Ich möchte GR Hebeisen dezidiert widersprechen. Der Stadtrat hat die Aufgabe, das Volk über eine Vorlage zu informieren, aber keine Propaganda zu betreiben, egal um was es geht.

GR Andreas Hebeisen: Es gibt eine klare Rechtspraxis dazu, was der Stadtrat darf. Ich sage das nicht, um zu verlängern, denn am Schluss verstecken sie sich wieder hinter deinem Votum. Ein Stadtrat darf auf sachlicher Basis für seine Vorlagen eintreten. Das hat nichts mit Propaganda zu tun. Und das wurde nicht gemacht, vor allem nicht der Stadtrat als Ganzes und nicht in einer Form, wo ein Wille zum Ausdruck kam und aufgezeigt wurde, wir stellen uns die Stadt so vor. Das können sie machen im Rahmen ihrer Regierungsfunktion, auch ohne, dass es ein Leitbild braucht.

12.4 Schriftliche Anfrage betreffend Erstellung von Stand-Up-Paddle-Ständern / Eingang

Der Ratspräsident: Es ist folgende schriftliche Anfrage von der Gemeinderatsgruppe Die Mitte eingegangen "Erstellung von Stand-Up-Paddle Ständern".

12.5 Schriftliche Anfrage "Parkplatz Schifffahrtshafen" / Eingang

Der Ratspräsident: Es ist folgende Schriftliche Anfrage der SVP eingegangen zur Parkplatzsituation im Schifffahrtshafen.

12.6 Motion Swiss Power Renewables / Eingang

Der Ratspräsident: Es ist folgende Motion der FDP eingegangen zur "Swiss Power Renewables".

12.7 Verabschiedung Ferien

Der Ratspräsident: Dann bleibt mir allen, die Ferien haben, schöne Sommerferien zu wünschen. Ich denke, der eine oder andere wird nicht traurig sein, wenn er einmal fünf Wochen Politpause hat. Man sieht sich im September wieder. Wir haben nicht reserviert, aber ich habe vorhin gehört, dass der eine oder der andere noch in den Löwen geht. Dann würde man sich dort wieder treffen. Besten Dank, schöne Sommerferien, alles Gute.

12.8 Interpellation "Nebenamtliche Tätigkeiten von Mitgliedern des Stadtrates" / Eingang

Die Protokollführung: Im Anschluss an die GR-Sitzung ist folgende Interpellation der SP/GEW/JUSO-Fraktion eingegangen "Nebenamtliche Tätigkeiten von Mitgliedern des Stadtrates"

Sitzungsende: 21.00 Uhr

Beilagen

1. Schriftliche Anfrage betreffend Erstellung von Stand-Up-Paddle-Ständer
2. Schriftliche Anfrage "Parkplatz Schifffahrtshafen"
3. Motion Swiss Power Renewables
4. Interpellation "Nebenamtliche Tätigkeiten von Mitgliedern des Stadtrates"

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Der Stimmzähler



Kreuzlingen, 06. Juli 2023

Schriftliche Anfrage

betreffend Erstellung von Stand-Up-Paddel-Ständer

Die Kreuzlinger Bevölkerung profitiert in der Stadt von diversen Kultur- und Freizeitmöglichkeiten. Es ist wichtig, als attraktive Stadt direkt am Bodensee eine Vielfalt solcher Möglichkeiten anzubieten.

Es wird stets Wert darauf gelegt, dass genügend Velo- und Auto-Abstellplätze vorhanden sind. Auch Bootseigentümer haben die Möglichkeit, einen Wasser- oder Trockenplatz zu mieten. Die Kreuzlinger Bevölkerung schätzt diese Dienstleistungen.

Zunehmend vergnügen sich Personen mit Stand-Up-Paddels auf dem See. Dieser Sportart wird immer mehr Beachtung geschenkt und viele kaufen sich ein Board, um den Sommer auf dem See zu geniessen. Das Aufpumpen erfordert viel Kraft und dauert seine Zeit. Es gibt Pumpen, welche im Auto eingesteckt werden können – dann müsste aber der Weg zum See stets mit dem Auto angetreten werden. Die Möglichkeiten von Stand-Up-Paddel-Lagerungen direkt am See sind begrenzt. Beispielsweise besteht ein Lagerplatz im Schwimmbad Hörnli. Viele möchten aber nicht zwingend in die Badi, sondern lediglich den Paddel-Sport betreiben.

Aus Sicht der Antragstellerin sind deshalb Stand-Up-Paddel-Ständer wichtig und richtig, um der Bevölkerung die einfache, ökologische und ergonomische Nutzung ihres Stand-Up-Paddels zu ermöglichen.

Aus diesem Grund werden dem Stadtrat nachfolgende Fragen gestellt:

- Gab es bereits Anfragen an die Stadt betreffend Stand-Up-Paddel-Lagerungen am See?
- Welche Möglichkeiten bestehen, solche Stand-Up-Paddel-Ständer seitens der Stadt oder in Kooperation mit privaten Anbietern anzubieten?
- Wo würden solche Stand-Up-Paddel-Ständer möglich sein?

Anfragestellerin: Ramona Zülle, Die Mitte, Gemeinderätin

Name	Vorname	Unterschrift
Zülle	Ramona	

Kreuzlingen, 5. Juli 2023

Schriftliche Anfrage «Parkplatz Schiffahrtshafen»

Sehr geehrter Stadtpräsident

Sehr geehrte Stadträte

Ausgangslage:

Immer wieder ist der Parkplatz Schiffahrtshafen an Wochenenden sehr stark frequentiert. Insbesondere bei gutem Wetter oder wenn Veranstaltungen in der Nähe stattfinden. Die vorhandenen Parkplätze sind in solchen Situationen oft überfüllt, was zu einer Situation führt, in der Fahrzeuge chaotisch und unsicher geparkt werden.

Das Sicherheitspersonal, das auf den völlig überfüllten Parkplätzen steht, erweckt den Eindruck, dass sie den Automobilisten gezielt einen Parkplatz zuweisen, in Wirklichkeit handelt es sich aber lediglich um eine einmalige Lenkung wieder zur Strasse zurück. Da der Fahrradweg parallel zur Seestrasse und direkt bei der Einfahrt zu den Parkplätzen entlangführt und es wegen der überfüllten Parkplätze zu Rückstau kommt, entstehen immer wieder brenzlige Situationen mit Fahrradfahrern. Dies beeinträchtigt nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern erschwert auch die Mobilität für Anwohner, Besucher und Touristen gleichermaßen.

Daher möchten wir vom Stadtrat gerne folgende Fragen beantwortet haben:

1. Ist der Stadtrat sich des Problems des Parkchaos am Parkplatz Schiffahrtshafen an den Wochenenden und bei Veranstaltungen bewusst?
2. Wie bewertet der Stadtrat die aktuelle Situation und welche Auswirkungen hat sie auf die Sicherheit und die Mobilität der Bürger?
3. Welche Massnahmen, wurden bisher ergriffen, um das Parkchaos zu bewältigen? Und welche kurzfristigen und langfristigen Lösungen werden in Betracht gezogen?
4. Wie beabsichtigt der Stadtrat, die Zusammenarbeit mit den örtlichen Veranstaltern zu verbessern, um die Parkplatzsituation während Veranstaltungen zu erleichtern?
5. Welche Schritte werden unternommen, um alternative Parkmöglichkeiten in der Nähe des Parkplatzes Schiffahrtshafen zu schaffen? Zum Beispiel ein Parkhaus?
6. Wie sieht es mit einem Verkehrsleitsystem aus, das den Verkehr auf dem Parkplatz Schiffahrtshafen effizient und reibungslos lenkt?

Für die SVP- Fraktion

Séverine Schindler



Seite 36

FDP-Fraktion des Gemeinderats der Stadt Kreuzlingen
 Christian Brändli, Fraktionspräsident
 Unterseestrasse 36; CH-8280 Kreuzlingen
 071 672 55 77



Motion nach Art. 46 des Reglements des Gemeinderats

Swiss Power Renewables

Am 17. Juni 2012 beschloss das Kreuzlinger Stimmvolk dem Kreditbegehren von Stadtrat und Gemeinderat von CHF 5.2 Mio. für die Beteiligung der Technischen Betriebe (heute: Energie Kreuzlingen) der Swisspower Renewables AG – einer Kooperation von damals 25 Schweizer Stadt- und Gemeindebetrieben – zur Produktion sogenannter «erneuerbarer» Energien zuzustimmen. Gemäss damaliger Volksbotschaft (Seite 3) soll «ein Eigenproduktionsportfolio aufgebaut werden, das die Abhängigkeit von Dritten reduziert und die Versorgungssicherheit der Stadt Kreuzlingen erhöht.» Gemäss Homepage des Swisspower Renewables AG betreibt diese «aktuell 39 Wasserkraftwerke und 26 Windparks in Italien und Deutschland». Somit wurde das oben erwähnte Ziel der Reduktion der Abhängigkeit Dritter nicht erreicht und die Abhängigkeit des in ganz Europa nicht marktwirtschaftlich organisierten Energiebranche gegenüber ausländischen Regulatoren sogar gesteigert. Das zweite Ziel, der (physischen und damit tatsächlichen) Versorgungssicherheit der Stadt Kreuzlingen wurde durch nicht grundlastfähiger Windindustrieanlagen sowie die in den vergangenen Mangelstromlagen-Diskussion hervorgehobenen Landesgrenzen ebenfalls nicht erreicht. Die Stadt Kreuzlingen hält heute einen Anteil von 3.2% am Aktienkapital der Swisspower Renewables in Form von Namenaktien, eingeschränkt durch Aktionärsbindungsverträge.

In der damaligen Volksbotschaft steht auf Seite 16: «Die jährliche Eigenkapitalrendite der Investition in die Swisspower Renewables AG beträgt über die gesamte Laufzeit des Projekts gemäss dem Finanzplan der Swisspower Renewables AG 7.1 %. Der damalige wie auch der heutige Finanzplan der Swisspower Renewables AG ist nicht öffentlich publiziert.

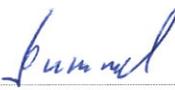
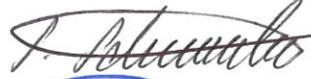
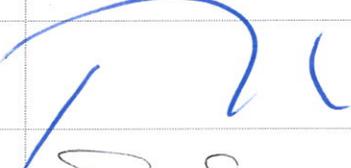
Der Finanzierung von 5.2 Mio stehen bisher Eigenkapital-Rückgewähr von 211'900 sowie Dividenden von 132'000 gegenüber. Der Buchwert beträgt gemäss der Rechnung 2022 der Energie Kreuzlingen ca. CHF 3'738'000, was somit einem Buchverlust von ca. CHF 1'250'000 entspricht. Um diese damals vom Stadtrat erwartete durchschnittliche Rendite von 7.1% bis 2055 noch zu erreichen, bräuchte es ab 2023 eine jährliche Rendite von mindestens 11%, was wir als unrealistisch ansehen.

An der Gemeinderatssitzung vom 11. Mai 2023 bekräftigte der Stadtrat, an dieser Investition festhalten zu wollen.

Die Motion fordert:

- Die Erarbeitung einer Volksbotschaft zum Verkauf der Beteiligungen der Swisspower Renewables AG. Die weiteren Beteiligungen in der Swisspower-Familie sind davon unberührt.
- Der Verkauf hat gemäss dem Verfahren des Aktionärsbindungsvertrags zum bestmöglichen Preis innerhalb einer vom Stadtrat in der Volksbotschaft noch zu definierenden engen Zeitrahmen von maximal 5 Jahren zu erfolgen.
- Der Stadtrat kann – muss aber nicht – die daraus entstehenden Erlöse zum Aufbau einer grundlastfähigen Kreuzlinger Energieeigenproduktion zweckbinden, um die in der damaligen Volksbotschaft anvisierten Abhängigkeit von Dritten zu reduzieren und die Versorgungssicherheit der Stadt Kreuzlingen zu erhöhen.
- Die Volksbotschaft ist nach der Beratung durch den Gemeinderat (Art. 19 lit. c Ziff 2. GO) umgehend innert Jahresfrist dem Volk zu unterbreiten.

Für Presseanfragen: an Gemeinderat Alexander Salzmann

Name	Vorname	Unterschrift
Salzmann	Alexander	
Brändli	Christian	
Brändli	Ana	A. Brändli
Bothmann	Lara	L. Bothmann
Cornel	Silvia	
Hummel	Barbara	
Semeraro	Ivan	
Ricklin	Judith	
Gremlich	Hansjörg	
Keller	Nico	
Herzog	Jesse	
Schindler	Séverine	
Pleuler	Thomas	
Sawo	Sarah	
Neuwider	Fabian	
Schultkess	Georg	



Kreuzlingen, 03. Juli 2023

Interpellation „Nebenamtliche Tätigkeiten von Mitgliedern des Stadtrates“

In den vergangenen Monaten sind im Zusammenhang mit den nationalen Wahlen vom Herbst 2023 an verschiedenen Orten sehr kontroverse Diskussionen geführt worden, ob kommunale Exekutivmitglieder Mandate in der kantonalen oder nationalen Legislative anstreben und übernehmen sollen oder dürfen. Die diesbezüglichen Meinungen gehen weit auseinander.

Die Gemeindeordnung der Stadt Kreuzlingen legt in Art. 63 folgendes fest:

„Dem Stadtpräsidenten oder der Stadtpräsidentin und den vollamtlichen Mitgliedern des Stadtrates ist eine nebenamtliche Berufstätigkeit nur ausnahmsweise und nur mit Bewilligung des Gemeinderates gestattet.“

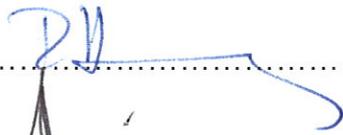
Diese Regelung ist wenig präzise. Insbesondere stellt sich die Frage, was gemeint ist mit einer „nebenamtlichen Berufstätigkeit“. Ist beispielsweise ein Kantonsrats- oder Nationalratsmandat eine „Berufstätigkeit“? Ein solches Amt beansprucht ja sicher mehr Zeit als beispielsweise ein 10%-Pensum im angestammten Beruf eines Stadtrates.

Entscheidender Faktor und Grund für die Regelung in der GO ist wohl die Überlegung, dass ein Stadtpräsident/eine Stadtpräsidentin bzw. ein Stadtratsmitglied in genügendem Masse Zeit für sein/ihr Mandat bei der Stadt Kreuzlingen zur Verfügung stellen kann.

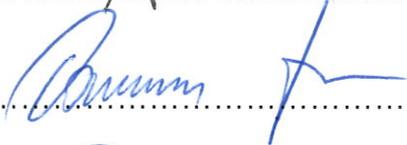
Die Frage allfälliger Entschädigungen ist im Reglement über die Entschädigung behördlicher Tätigkeiten geregelt. Die Regelung beschränkt sich allerdings darauf, dass keine Entschädigungen für Delegationen ausgerichtet werden und allfällige Entschädigungen für Tätigkeiten (von Amtes wegen) zu Gunsten Dritter (z.B. Verwaltungsratsmandate) abzuliefern sind. Auch hier fehlen Regelungen zu Sitzungsgeldern etc. beispielsweise aus der Tätigkeit in anderen politischen Behörden.

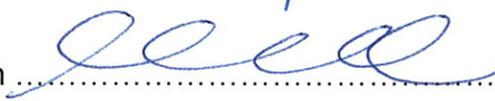
In diesem Zusammenhang werden dem Stadtrat folgende Fragen unterbreitet:

1. Erachtet der Stadtrat sämtliche Nebentätigkeiten, die einen hohen Arbeitsaufwand mit sich bringen und/oder zu erheblichen Abwesenheiten während der üblichen Präsenzzeiten führen, als Tätigkeiten im Sinne von Art 63 der GO?
2. Welche diesbezüglichen Regelungen kämen zur Anwendung bei Stadträt:innen im Teilamt?
3. Welche Regelungen betreffend Sitzungsgeldern und Entschädigungen kämen zur Anwendung im Falle von Tätigkeiten, die ausserhalb der in Art 9 und 10 des entsprechenden Reglements geregelten Fälle (Delegationen und Tätigkeiten zu Gunsten Dritter von Amtes wegen) liegen?

GR Ruedi Herzog 

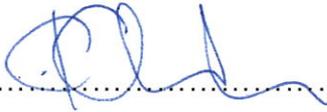
GR Andreas Hebeisen

GR Osman Dogru 

GR Addisa Hebeisen 

GR Fabienne Herzog 

GR Cyrill Huber

GR Charis Kuntzemüller 

GR Elina Müller 

GR Kathrin Wittgen 

GR Sarah Sawo Zollinger 